

Stabilisierung und Aktivierung regionaler Entwicklungschancen durch grenzüberschreitende Kooperation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn

Haase, Annegret; Wust, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haase, A., & Wust, A. (2002). Stabilisierung und Aktivierung regionaler Entwicklungschancen durch grenzüberschreitende Kooperation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn. *Europa Regional*, 10.2002(3), 118-132. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48930-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Stabilisierung und Aktivierung regionaler Entwicklungschancen durch grenzüberschreitende Kooperation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn

ANNEGRET HAASE und ANDREAS WUST

Die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in den ehemals sozialistischen Staaten Ostmittel- und Osteuropas führten in den Grenzregionen zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten zu tief greifenden Veränderungen sowohl der wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen als auch der grenzüberschreitenden Beziehungen. Die politische Liberalisierung ermöglichte darüber hinaus eine größere Durchlässigkeit der Staatsgrenzen für Austausch und Kooperation. Die seit Jahrzehnten für den individuellen Grenzverkehr nur sehr eingeschränkt passierbaren Grenzen wurden geöffnet.

Der Zerfall der UdSSR bedeutete für die Regionen entlang der polnischen Ostgrenze eine zusätzliche Zäsur. Die nunmehrigen östlichen Nachbarstaaten Polens – die Ukraine, Belarus, Litauen und Russland mit der Exklave Kaliningrad – konnten über eine lange Zeitdauer hinweg nicht als souveräne Staaten existieren oder erreichten ihre Unabhängigkeit zum ersten Mal in ihrer Geschichte. Daher mussten zunächst die bilateralen Beziehungen zwischen den neuen Nachbarstaaten neu entwickelt werden. Dabei sorgten bislang tabuisierte historische Animositäten erneut für Kontroversen. Darüber hinaus wurden die Bemühungen um eine grenzüberschreitende Verständigung durch die Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbruchs, welcher die vernachlässigten Grenzregionen vor tiefe Rezessionsprobleme mit den entsprechenden sozialen Folgeproblemen stellte, erschwert.

Durch die „Öffnung“ der Grenze sind neue Möglichkeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen entstanden. Kooperationsverträge wurden in den letzten Jahren auch auf der regionalen und lokalen Ebene abgeschlossen und Euroregionen nach westlichem Vorbild gegründet. Bei der Abmilderung

sozialer Notlagen der Bevölkerung spielt der kleine Grenzhandel eine wichtige Rolle als „Krisenmanager“. Die Modernisierung zahlreicher Grenzübergänge bildet die Voraussetzung für eine schnelle Abwicklung der Grenzkontrollen. In den Regionen, wo ethnische Minderheiten leben, trägt die Diskussion lange verdrängter historischer Konflikte zur Entspannung der Nachbarbeziehungen bei. In der wissenschaftlichen Literatur wird in diesem Zusammenhang über die neue Brückenfunktion der Grenzregionen diskutiert. Die bislang wirtschaftlich und infrastrukturell benachteiligten Regionen werden teilweise sogar als potenzielle Wachstumsgürtel gesehen (ROSCISZEWSKI 1997).

Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, welche Bedeutung grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen für die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Grenzregionen haben und inwieweit sie zur Aktivierung endogener Entwicklungspotenziale beitragen können oder bislang beigetragen haben. Eine besondere Brisanz erhält diese Frage in Anbetracht der bevorstehenden EU-Integration Polens, da seine Ostgrenze dann auf lange Sicht die Außengrenze der EU sein wird und sich die Frage stellt, wie „kooperativ“ diese Außengrenzen sein können und müssen (KRÄMER 1999).

Zum historischen Hintergrund und zum politischen Wandel in den Grenzregionen

Die heutige polnische Ostgrenze entstand im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs. Die neu festgelegte Grenzlinie zerschnitt ethnische Mischgebiete mit vielfältigen, historisch entstandenen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen. Dies betraf insbesondere die polyethnische und kulturell stark diversifizierte Bevölkerung im heutigen polnisch-ukrainischen und polnisch-belarussischen Grenzgebiet.

Die neu entstandenen Grenzregionen waren nach den Kriegszerstörungen und dem Holocaust mit gewaltigen demographischen Verwerfungen in Form von Massenumsiedlungen, Vertreibungen und einer gezielten „ethnischen Entflechtung“ konfrontiert (KRZEMINSKI 1993). Das Territorium des ehemaligen Ostpreußen wurde völlig neu besiedelt, und im Verlauf der Aktion „Weichsel“ musste die ukrainische Bevölkerung ihr traditionelles Siedlungsgebiet im Südosten des heutigen Polen verlassen. Die neu angesiedelte Grenzbevölkerung, vor allem im polnisch-russischen und polnisch-ukrainischen Grenzraum, verfügte zumeist über keinerlei Grenzerfahrung und besaß auch keine für die bisherigen Bewohner typische vermittelnde „Grenzlandmentalität“ (i. S. des Umgangs mit ethnischer, religiöser und kultureller Diversität, vgl. BABINSKI 1997). Die Folge hiervon war eine weitgehende Fremdheit der benachbarten Grenzbevölkerung. Großstädte wie Lwiv (poln. Lwów, dt. Lemberg) oder Hrodna (poln. Grodno) verloren einen Teil ihres Hinterlandes, zahlreiche traditionelle Verkehrswege ihre Bedeutung. Bis in die 1950er Jahre dauerten bürgerkriegsähnliche Wirren an und wurden Umsiedlungsaktionen durchgeführt. Es blieben teilweise entleerte und verwüstete Landschaften zurück (CIECHOCINSKA 1998; MALIKOWSKI 1998). In den Folgejahren war die offiziell als Freundschaftsgrenze deklarierte neue polnische Ostgrenze bis 1990 für den individuellen und interregionalen Personenverkehr weitgehend und teilweise hermetisch abgeriegelt. Die vorhandenen historischen und zwischenethnischen Antagonismen wurden verdrängt und konnten nicht aufgearbeitet werden.

Die Grenzregionen vor allem auf polnischer Seite blieben zu großen Teilen rückständig, in ihre Modernisierung wurde kaum investiert. Im Rahmen der wirtschaftlichen Verflech-

tungen (RGW/Comecon) erfolgte lediglich ein partieller Ausbau der industriellen Basis Ostpolens. Ausgerichtet war er auf die Versorgung der UdSSR mit Rohstoffen und Rüstungsgütern (Flugzeugbau in Mielec und Rzeszów, Schwefelbahn von Tarnobrzeg in die UdSSR). Die Grenzregionen sind daher bis heute – ausgenommen einige größere Städte und neu errichtete Industriezentren – gering urbanisiert und von einer wenig effektiven Landwirtschaft geprägt. In Polen etablierte sich in der wissenschaftlichen Diskussion für die ostpolnischen peripheren und strukturschwachen Gebiete die Bezeichnung „Ostwand“ (poln. sciana wschodnia), wodurch das große Entwicklungsgefälle zu zentralen Regionen verdeutlicht werden sollte.

In den sowjetischen Grenzregionen zu Polen durchliefen die größeren Städte zunächst einen Industrialisierungsprozess. So konnten sich Lwiw (russ. Lwow) und Hrodna (russ. Grodno) zu regionalen Industriezentren entwickeln. Kleinere Industriestandorte entstanden in Stryj, Drohobytch/Boryslaw, Mikolajiw/Nowy Rozdil, Schklo und Tscherwonohrad/Sokal (vgl. RÖSSNER u. a. 1998) sowie in Waukawysk/Krasnoselski. Jedoch wurde von einer Modernisierung der einmal errichteten Infrastruktur weitgehend abgesehen. Die meisten Betriebe waren deshalb in den 1990er Jahren den Herausforderungen der wirtschaftlichen Umstrukturierung nicht gewachsen und mussten ihre Produktion einstellen.

Infolge ihrer Peripherisierung wurden die Grenzregionen zu Abwanderungsgebieten, eine Tendenz, welche bis heute anhält (MYNC 1997; SZABLIJ 1997). In der Wahrnehmung der Bevölkerung war die Grenze eine Barriere, welche nicht ohne größere Anstrengungen zu überwinden war (KURCZ 1999, S. 66). Grenzüberschreitende Kontakte blieben, sofern möglich, auf offizielle Delegationen und den kleinen Grenzverkehr beschränkt. Erst die Abkommen zwischen der UdSSR und der VR Polen über visumfreien Grenzverkehr 1979, wobei Einladungen nach wie vor erforderlich waren, und über einen vereinfachten Grenzverkehr 1985 schufen die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Verwandten- und Familienbesuche.

Im Zuge der politischen Liberalisierung in Polen seit 1980/1981 und in der UdSSR seit 1986 wurde es auch für Händler und Einkaufstouristen zunehmend leichter, die Grenze zu überqueren. So entstanden illegale Märkte in polnischen Orten wie beispielsweise in Rzeszów, und in den Grenzregionen der UdSSR kauften Polen Lebensmittel ein.

Da Erleichterungen erst in den 1980er Jahren möglich wurden, sind die Veränderungen umso bedeutsamer einzuschätzen, welche sich mit der „Öffnung“ der Grenzen im Zuge der politischen Wende vollzogen. Im Jahre 1992 haben Polen, die Ukraine, Belarus und Russland Nachbarschaftsverträge abgeschlossen. Es wurden in der Folgezeit zahlreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen, u. a. in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Handel, Energieversorgung, Investitionsschutz und über die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten. Allerdings verlief die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten differenziert: Während das polnisch-ukrainische Verhältnis von beiden Staaten zu einer „strategischen Partnerschaft“ aufgewertet wurde, kühlte das polnisch-belarussische Verhältnis vor allem seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark ab, wofür die polnische Seite die Politik des belarussischen Präsidenten Lukaschenka verantwortlich macht. Das polnisch-russische Verhältnis gestaltet sich je nach Kontaktebene unterschiedlich. Kommt es im Dialog zwischen Warschau und Moskau mitunter zu Missverständnissen, kann die Verständigung zwischen dem Gebiet Kaliningrad und den nordostpolnischen Regionen als gutnachbarschaftlich bewertet werden.

Unter welchen Voraussetzungen sich vor diesem Hintergrund grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn entwickelt haben, soll im Folgenden in einigen Aspekten zum theoretischen Diskurs beleuchtet werden.

Kooperation über „offene Grenzen“ – ein neuer Entwicklungsfaktor für Grenzregionen in Ostmitteleuropa

Erfahrungen mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene in Europa sind in den letz-

ten Jahrzehnten vor allem in den Grenzregionen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU entstanden. Kooperationsbeziehungen über Grenzen zwischen Regionen, Städten und Kommunen haben sich zu einem wichtigen Faktor der Regionalpolitik, strategischer Leitbilder zur Wettbewerbsfähigkeit und lokalen Identitätsbildung entwickelt. Im Zuge der europäischen Integration haben bottom-up-Ansätze zur Bildung und Gestaltung transregionaler Netzwerke zwischen Grenzregionen zunehmend an Bedeutung gewonnen (BRUNN u. SCHMITT-EGNER 1998; SCHMITT-EGNER 2000). Mit der Gemeinschaftsinitiative INTERREG entstand im Jahre 1990 ein spezielles Förderinstrument der EU für grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen und zur Förderung transnationaler Regionen (MIOSGA 1999).

Dieser Prozess eines allmählichen, auf der Basis lokaler Initiativen beruhenden und durch eine auf die regionale Ebene gerichtete Politik geförderten Zusammenwachsens von Grenzregionen war in Ostmitteleuropa nicht zu verzeichnen. Betrachtet man die polnische Ostgrenze, so gab es bis zum Beginn der Transformation zwischen Polen und der UdSSR keine grenzüberschreitende Kooperation auf regionaler Ebene, welche diesen Namen verdient hätte. Ausnahmen bildeten der Austausch offizieller Delegationen, Wirtschaftsverflechtungen im Rahmen des RGW/Comecon sowie der vereinfachte Grenzverkehr. Die in Grenznähe befindlichen Städte und Regionen konnten jedoch keine Initiativen entwickeln, welche nicht einer Zustimmung durch die zentralen Behörden bedurft hätten (ROGOWSKA u. STEPIEN 1997).

Nach 1990 veränderte sich diese Situation völlig. Zunächst waren es folgende Prozesse, die eine neue Ausgangsposition für grenzüberschreitende Kommunikation bildeten:

- die Veränderung von Status, Qualität und Funktion zahlreicher Staatsgrenzen oder innerstaatlicher Grenzen bisheriger Bundesstaaten und
- eine zunehmende Durchlässigkeit der Grenzen zwischen den postsozialistischen Staaten.

Mit dem Zerfall multinationaler Staaten erschienen neue Nationalstaaten auf der europäischen Landkarte, neue

Nachbarbeziehungen entstanden. Während sich der Verlauf der meisten Grenzen nicht veränderte, kam es zu einer Neubewertung ihres Status. Nationen wie die Ukrainer oder Belarussen bildeten zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen unabhängigen Nationalstaat. Die Festigung der politischen Souveränität sowie der Identifikationsprozess mit der neuen Staatlichkeit und dem Staatsterritorium bestimmten daher in diesen Ländern zunächst den politischen Alltag. Diskussionen über Dezentralisierung von Verwaltungsstrukturen, politischen Entscheidungsprozessen und über eine differenzierte regionale Entwicklung kamen erst nach und nach in Gang. Auch in Polen stand nach 1989 die Suche nach neuen innenpolitischen Orientierungen im Vordergrund. Nationale Politikinteressen dominierten am Anfang der 1990er Jahre aufkommende Ansprüche der Regionen nach eigenen Entwicklungswegen, mehr Selbständigkeit und Entscheidungskompetenzen. Mitunter kam es hierbei zu Interessenkonflikten zwischen der Regierung und regionalen politischen Verantwortungsträgern.

Gleichzeitig entstand mit der zunehmenden Grenzdurchlässigkeit für die regionalen Akteure neuer Handlungsspielraum für grenzübergreifende Kontakte. Der Abschluss von Nachbarschaftsverträgen zwischen Polen und seinen neuen Anrainerstaaten im Osten bildete die politisch-normative Grundlage für eine solche Kooperation. Erschwert wurde sie jedoch durch eine Reihe von Einflussfaktoren. Dazu zählen

- die tief greifenden wirtschaftlichen Rezessionserscheinungen und damit verbundenen sozialen Auswirkungen der Transformation,
- das Misstrauen der zentralen Behörden gegenüber regionalen Forderungen nach Dezentralisierung und mehr Selbständigkeit (vgl. oben),
- die stetige Vergrößerung des sozioökonomischen Entwicklungsabstandes der Grenzregionen zu den Zentren nach 1989/1990,
- die Unterentwicklung regionaler Entscheidungsstrukturen (institutionell, personell, finanziell) bei einer zunehmenden Verantwortung regionaler Akteure im Umgang mit der Durchlässigkeit der Grenze,

- die fehlenden Kompetenzen und fehlendes Know-how hinsichtlich des Aufbaus grenzüberschreitender Kooperation auf der regionalen Ebene,
- die beträchtlichen Unterschiede der Transformationspfade und Demokratisierungswege der Nachbarstaaten und deren Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen sowie
- weitgehende Unsicherheiten von Akteuren und ansässiger Bevölkerung im Umgang mit der durchlässigen Grenze (Mangel an Wissen und Erfahrung, neue Ängste).

Trotz der genannten Schwierigkeiten haben sich zahlreiche Formen von Kooperation zwischen den Grenzregionen entwickelt. Ihren Kern haben sie bislang im täglichen, individuellen Grenzverkehr auf regionaler und lokaler Ebene, welcher sich vor allem mit dem Grenzhandel verbindet. Darüber hinaus haben sich Kontakte zwischen den Bewohnern der Grenzregionen erneuert oder neu erschlossen. Insbesondere Vertreter von ethnischen Minderheiten, die auf beiden

und es wurden die Euroregionen Karpaten (1993), Memel (1997) und Baltic (1998) gebildet, in deren Rahmen die ostpolnischen Regionen mit den Nachbarregionen in der Ukraine, Belarus und dem Gebiet Kaliningrad zusammenarbeiten.

Fragt man nach der Bedeutung von Kooperationsbeziehungen für die regionale Entwicklung der Grenzregionen, so kristallisieren sich verschiedene Dimensionen heraus (vgl. Abb.1).

Die aktive Förderung von Kooperationsbeziehungen mit den Nachbarregionen im Osten zählt mittlerweile (zumindest ist dies beabsichtigt) auch zu den Prioritäten der regionalpolitischen Leitvorstellungen der ostpolnischen Wojewodschaften.¹ Kooperationsbeziehungen mit den Nachbarn werden dabei zunehmend als bedeutender Entwicklungsfaktor für die Grenzregionen bewertet, wobei als wichtige Voraussetzung für die regionale Entwicklungsfähigkeit die „offene Grenze“ angesehen wird. In der wissenschaftlichen Diskussion wird die Metapher der „Ostwand“ für ostpolni-

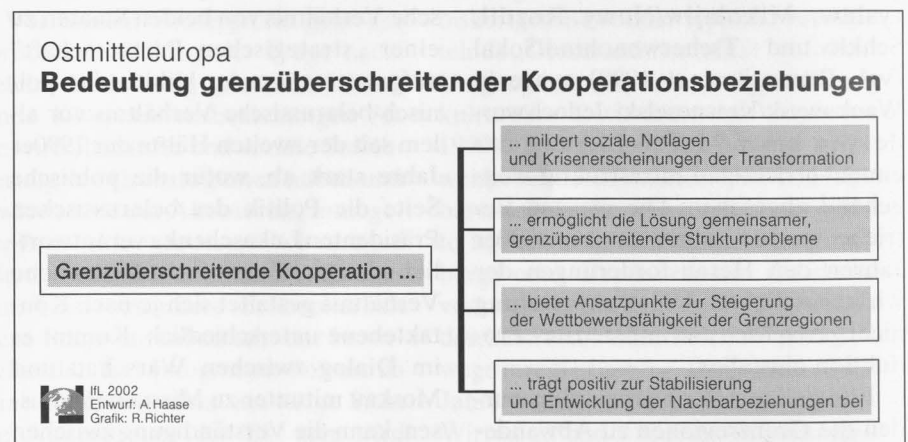


Abb. 1: Bedeutung grenzüberschreitender Kooperationsbeziehungen in Ostmitteleuropa
Entwurf: HAASE 2001

Seiten der Grenze leben, pflegen wieder intensiven Kontakt zum Nachbarland. Zwischen Städten und Kommunen in Grenznähe kommt langsam ein Austausch in Gang, der allmählich zu einem festen Bestandteil des regionalen Kultur- und Bildungsangebots wird. Auch wirtschaftliche Kontakte beginnen sich zu reaktivieren oder – vor allem im Bereich des privaten SME-Sektors – neu zu etablieren. Aus den westeuropäischen Grenzregionen wurde das Modell der Zusammenarbeit in Euroregionen übernommen,

sche Regionen bereits relativiert (EBERHARDT 1998), da die Barrierefunktion der Grenze inzwischen weitgehend weggefallen sei und sich eine sehr differenzierte Entwicklung der ostpolnischen Regionen abzeichne.

¹ Niedergelegt sind diese Leitvorstellungen in den im vergangenen Jahr verabschiedeten Strategien zur Regionalentwicklung. Für die ostpolnischen Regionen, zu denen die hier untersuchten Grenzregionen gehören, gelten folgende Strategien: Strategia rozwoju woj. Podkarpackiego na lata 2000 - 2006, Strategia rozwoju woj. Podlaskiego do roku 2010, Strategia rozwoju społeczno-gospodarczego woj. Warmińsko-mazurskiego.

Dadurch könnten die Grenzregionen zu einem Verdichtungsraum wirtschaftlicher Aktivitäten werden (ROSCISZEWSKI 1997, S. 73 - 80).

Betrachtet man jedoch die gegenwärtigen Realisierungsmöglichkeiten für grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen an der polnischen Ostgrenze, so sind ihnen bislang noch sehr enge Grenzen gesetzt. Sie bestehen vor allem in fehlenden Ressourcen (personell, institutionell, finanziell) auf der regionalen und lokalen Ebene. Aber auch die zunehmenden Unterschiede im Verlauf der Transformation und bei der Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten erschweren eine für beide Seiten vorteilhafte Kooperation. Als ein differenzierender Faktor wirkt hier u. a. die bevorstehende EU-Osterweiterung: Während in Polen zielgerichtet rechtliche und strukturelle Veränderungen in Richtung EU-Beitritt vorangehen, bleiben die Nachbarstaaten zurück und verharren in einem Schwebezustand einer unvollendeten, partiellen oder stagnierenden Transformation (KEMPE 1998, S. 10). Mit der nach dem EU-Beitritt erwarteten Ratifizierung des Schengener Abkommens durch Polen würden heutige Kooperationsräume zerschnitten (beispielsweise die Aktionsräume des kleinen Grenzhandels oder die Kooperationsräume der Euroregionen, BATT 2002).

Es stellt sich somit die Frage, welche Rolle die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten gegenwärtig spielt, ob und wie sie zur Stabilisierung der Grenzregionen beitragen kann und wo sie Ansatzpunkte zur Aktivierung von Entwicklungspotenzialen bietet. Es gilt dabei auch festzustellen, wo Hemmnisse für die Kooperation liegen und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um die Vorteile, welche sich aus dem Austausch ergeben, effektiv nutzen zu können.

Strukturprobleme der Grenzregionen

Wenn die Grenzregionen zwischen Polen und seinen Nachbarstaaten im Osten als periphere Regionen i. S. der übergreifenden Themenstellung verstanden werden, so ist damit zum einen ihre Randlage gegenüber dem



Foto 1: Aufgegebener Landwirtschaftsbetrieb (Sowchos) im Gebiet Kaliningrad
Foto: HAASE 2000

Zentrum gemeint. Zum anderen bezieht sich diese Bestimmung auf die in den Grenzregionen vorhandenen wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturschwächen, welche nach 1945 durch die Grenzlage teilweise noch verstärkt worden sind. Die heutige Transformation stellt die untersuchten Grenzregionen daher vor schwere Probleme, von denen die wichtigsten an dieser Stelle kurz zusammengefasst werden.

Wirtschaft und Infrastruktur

Die Regionen entlang der polnischen Ostgrenze erfuhren durch ihre periphere Lage nach 1945 nur eine partielle wirtschaftliche Modernisierung. So dominiert bis heute in allen Untersuchungsgebieten außerhalb der großen Städte die Landwirtschaft. Auf polnischer Seite handelt es sich größtenteils um wenig produktive, flächenarme Bauernwirtschaften, die abgesehen von ihrer Subsistenzfunktion für die ländliche Bevölkerung als Nebengewerbe und -einkommen insgesamt wenig produktiv und gering mechanisiert sind. In den östlichen Nachbarregionen Polens gibt es heute unterschiedliche Eigentumsformen und Betriebsgrößen. Immer mehr landwirtschaftliche Flächen fallen jedoch aus der Nutzung (Foto 1). Lediglich in der belarussischen Grenzregion sind die großen Staatsbetriebe formal noch intakt (vgl. Beitrag KNAPPE u. LABANUSKAITE in diesem Heft).

In den wenigen Industriezentren wurden viele Betriebe nach 1990 ge-

schlossen oder produzieren heute mit einer stark reduzierten Belegschaft. Traditionelle Handelsbeziehungen aus der RGW-Zeit funktionieren größtenteils nicht mehr. Die Grenzregionen zählen weder in Polen noch in seinen östlichen Nachbarstaaten zu den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Modernisierung. So verstärkt sich die bereits während des Sozialismus in den vergangenen Jahrzehnten feststellbare „relative Peripherisierung“ ihrer Industriestandorte (vgl. Beitrag FRIEDLEIN u. RUDENKO in diesem Heft) seit 1990 weiter.

Da die Grenze zwischen Polen und der UdSSR bis 1990 für den individuellen Personenverkehr weitgehend geschlossen war, blieb auch die entsprechende Straßeninfrastruktur unterentwickelt. Diese Situation hat sich bislang kaum verändert. Nur einige Zufahrts- und Transitstraßen wurden modernisiert, noch immer existieren nur wenige große Grenzübergänge.

Insgesamt betrachtet bestehen in den Grenzregionen – auf polnischer Seite auch verglichen mit dem Landesdurchschnitt – große Transformationsrückstände, insbesondere in den Bereichen Privatisierung und Modernisierung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Dem hohen Bedarf an Investitionen stehen jedoch ein gravierender Kapitalmangel in den Grenzregionen selbst sowie eine – aus der beschriebenen Lage resultierende – fehlende Attraktivität für in- und ausländische Investoren entgegen (Interview mit K.

Miros vom Warschauer Zentrum für strategische Studien am 18.5. 2000).

Soziale Situation

Infolge der wirtschaftlichen Umbrüche ist die Erwerbskrise in den Grenzregionen zu einem ernstem Problem geworden. Sie liegt in den polnischen Untersuchungsgebieten deutlich über dem Landesdurchschnitt, die Stadt Goldap erreicht 30 Prozent registrierte Arbeitslosigkeit. In den östlichen Nachbarregionen Polens nahm sie erst in den letzten Jahren deutlich zu (vgl. Tab. 1). Die Einschätzung der realen Erwerbslosenquote insgesamt ist schwierig, da der informelle Wirtschaftssektor in allen Grenzregionen

Polen	1998	1999
Woj. Vorkarpaten	12,3	14,4
Woj. Podlachien	10,8	12,5
Woj. Ermland-Masuren	19,7	22,4
Nachbarregionen	1998	1999
Gebiet Lwiw	5,4*	6,6*
Gebiet Hrodna	2,8	2,4
Kreis Gusew	k.A.	24,2
Kreis Osjorsk	k.A.	21,1

* in Bezug auf die erwerbsfähige Bevölkerung; Statestitscheski jeschegodnik grodnenskoj oblasti 1999, Grodno 1999; Statestitscheski jeschegodnik grodnenskoj oblasti 2000, Grodno 2000; Sozialno-ekonomitscheskoje poloschenie kaliningradskoj oblasti w 1999 godu, Gusew 2000 (unveröffentlicht)

Tab. 1: Grenzregionen zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten: Registrierte Arbeitslosenquoten 1998 - 1999 in Prozent

Quellen: GUS: Powiaty w Polsce, Warszawa 1999; GUS: Bezrobocie rejestrowane w 2000 r., Warszawa 2001; Statystyczny Schtschoritschny schtschoritschny Lwiwska oblast 1999, Lwiw 2000

heute eine beachtliche Rolle spielt. Es muss von einem wachsenden Prozentsatz verdeckter Arbeitslosigkeit ausgegangen werden, parallel zur Verschärfung der Kriterien für die Berechtigung, Arbeitslosenunterstützung erhalten zu können (MALIKOWSKI u. SOWA 1995; OLEJARZ 1996; PETROWA 1996; TURANSKYJ 1997).

Die Erwerbskrise führte zur Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Insbesondere in den östlichen Nachbarregionen Polens lebt heute die Mehrheit der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Arbeitslose, Rentner, in der Landwirtschaft Beschäftigte und kinderreiche Familien. Der Zusammenbruch des sozialen Netzes, vor allem der Gesundheitsversorgung, verschärft die

Kreis	Bevölkerung in 1000 Personen		Abnahme absolut	Abnahme relativ (in %)
	1989	1997		
Berastawiza	11,0	7,7	3,3	30,0
Waukawysk	12,0	10,3	1,7	14,0
Woranawa	11,6	7,6	4,0	34,0
Hrodna	11,8	10,2	1,6	14,0
Djatlaw	12,7	9,3	3,4	27,0
Selwa	13,1	8,9	4,2	32,0
Iue	12,3	8,2	4,1	31,0
Karelitschy	13,1	9,0	4,1	31,0
Lida	12,6	7,6	5,0	40,0
Masty	12,7	9,9	2,8	22,0
Nawahrudak	14,7	8,5	6,2	42,0
Astrawez	11,4	6,9	4,5	39,0
Aschmjany	11,3	7,1	4,2	37,0
Swislatsch	14,0	8,6	5,4	39,0
Slonim	12,0	8,2	3,8	37,0
Smarhon	12,0	7,6	4,4	37,0
Schtschutschyn	14,7	11,3	3,4	23,0
Insgesamt	213,0	146,9	66,1	31,0

Tab. 2: Gebiet Hrodna - Entwicklung der Bevölkerung in den Landkreisen 1989 - 1997

Quelle: Ministerium für Architektur und Bauwesen ... (1999)

Notlage der Bevölkerung. In der Folge spielt Abwanderung bis heute eine wichtige Rolle in den untersuchten Grenzregionen. Vor allem die junge, besser ausgebildete Bevölkerung wandert aus den Dörfern in die Städte ab oder verlässt die Grenzregionen ganz (vgl. Tab. 2).

Grenzüberschreitend vergrößert sich das Einkommens- und Wohlstandsgefälle zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten stetig. Es übersteigt derzeit bereits das an der deutsch-polnischen Grenze bestehende Gefälle.² Parallel dazu werden die Transformationsunterschiede immer deutlicher, und durch den stark gewachsenen Grenzverkehr werden sie auch von der Bevölkerung zunehmend wahrgenommen.³

Im Zuge der gesellschaftlichen Liberalisierung zutage tretende, bislang tabuisierte historische Animositäten führen vor allem in den Grenzregionen zwischen Polen und der Ukraine zu Spannungen. Obgleich die Zahl der zu Minderheiten gehörenden Personengruppen im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet viel kleiner als in der polnisch-belarussischen Grenzregion ist (etwa 30 000 Polen auf ukrainischer und 30 - 40 000 Ukrainer auf polnischer Seite, im Vergleich dazu etwa 250 000 Belarussen auf polnischer und 300 000 Polen auf belarussischer Seite), spielen hier die entsprechenden

Konfliktpunkte eine bedeutsamere Rolle (HAASE 1999; EBERHARDT 1998).

Nicht zu unterschätzen sind schließlich die neuen Risiken beim Umgang mit der durchlässigen Grenze. Die betreffen nicht nur die „grenzüberschreitenden Alltagsprobleme“ (Verkehrbelastung, Stereotype, Sprachbarriere, Grenzkriminalität usw.), sondern auch soziokulturelle Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, welche in der Wahrnehmung vieler Menschen mit einer „Destabilisierung als Konsequenz der Öffnung der Grenze“ assoziiert werden (HASSNER 1994, S. 24 - 26; LEGGIEWIE 1994, S. 37).

Regionale Entwicklung

Die Grenzregionen sind nach wie vor politisch und finanziell abhängig vom jeweiligen Zentrum. Diese Feststellung trifft ungeachtet der Einrichtung der lokalen Selbstverwaltung (1991)

²Vgl. dazu Durchschnittsverdienste für die Grenzregionen im Jahr 1999: Wojewodschaft Vorkarpaten ca. 730 DM, Wojewodschaft Podlachien ca. 750 DM, Kreis Olecko-Goldap ca. 680 DM, Gebiet Lwiw ca. 61 DM, Gebiet Hrodna ca. 32 DM, Kreise Gusew und Osjorsk ca. 58 DM und 35 DM, vgl. GUS (2000b), Statystyczny Schtschoritschny (2000), Statestitscheski jeschegodnik (2000), Sozialno-ekonomitscheskoje poloschenie kaliningradskoj oblasti w 1999 godu, Gusew 2000 (unveröff.).

³Von den Interviewpartnern wurden unterschiedliche „Reaktionen“ auf die Wahrnehmung der Unterschiede genannt: Stimulierung zu eigenen Aktivitäten, Sozialneid und Frustration.

und der auf eine Dezentralisierung der Regionalpolitik ausgerichteten Verwaltungsreform in Polen (1999) bis heute in hohem Maße zu. Dennoch entwickelt sich auf polnischer Seite zunehmend eine Elite von Politikern und Akteuren in den Selbstverwaltungsorganen, die regionalen Interessen Priorität geben. Zu deren Umsetzung wurden in den letzten Jahren Strategien zur Regionalentwicklung in allen ostpolnischen Regionen erarbeitet, und seit 2001 stehen den Regionalverwaltungen eigene Budgets zur Verfügung, die wiederum die Basis für eine staatliche Kofinanzierung von Projekten sind. In der Ukraine, in Belarus und Russland gibt es im Gegensatz dazu lediglich Ansätze einer lokalen Selbstverwaltung. Eine Dezentralisierung der regionalen Verwaltung und Kompetenzabgaben des Zentrums an die regionale Handlungsebene haben bislang nicht stattgefunden.

Da die Grenzregionen vor allem in Polens östlichen Nachbarstaaten über wenige eigene finanzielle Mittel zur Strukturentwicklung verfügen, können zahlreiche sich durch die Grenzlage ergebende Potenziale nur ungenügend oder gar nicht genutzt werden. Dies gilt sowohl für wirtschaftsbezogene Projekte (Freihandelszonen) als auch für die Bereiche Tourismus und Bildung. Damit vergrößert sich zum einen der Entwicklungsabstand aller Grenzregionen zu den Wachstumszentren Polens und seiner Nachbarstaaten sowie zwischen den polnischen Grenzregionen und ihren östlichen Nachbarregionen.⁴ Zum anderen geraten innerhalb der Grenzgebiete infolge der derzeitigen Konzentration der Kooperation auf die Städte und Kommunikationsachsen „dazwischen liegende Räume“ in die Gefahr, zu einer „Peripherie in der Peripherie“ zu werden. Analysiert man z. B. nationale und supranationale Prioritäten des Ausbaus der europäischen Verkehrsnetze, so gerät selbst die Großstadt Hrodna zunehmend ins Abseits der Hauptverbindungswege zwischen Polen, Belarus und Litauen.⁵

Die genannten Strukturprobleme treten oft im Zusammenhang oder in Abhängigkeit voneinander auf. So bedingt oder verstärkt die wirtschaftliche Rezession Erwerbslosigkeit und Verarmungsprozesse bzw. den anhaltenden Exodus der aktiven Bevölke-

rung aus den Grenzregionen. In den meisten Fällen besteht aufgrund fehlender Kompetenzen und finanzieller Engpässe für regionale Akteure nicht genügend Spielraum, um diese Symptome bekämpfen, und noch weniger, um die den sozialen Folgeproblemen zugrunde liegenden wirtschaftsstrukturellen Defizite beheben zu können. Welche Ansatzpunkte und Möglichkeiten ergeben sich daher aus der grenzüberschreitenden Kooperation, um die angesprochenen Probleme zu lösen?

Grenzüberschreitende Kooperation als Stabilisierungs- und Aktivierungsfaktor – die empirischen Befunde

Grenzverkehr, Verständigung über die Grenze und veränderte Grenz Wahrnehmung

In den 1990er Jahren entwickelte sich zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten ein reger Grenzverkehr, welcher vor allem bis 1995 stark anstieg (vgl. Abb. 2). Seither passieren in den untersuchten Regionen täglich mehrere Zehntausend Menschen die Grenze. Neue Grenzübergänge wie in Goldap/Plawni (1995), Korczowa/Krakowez (1998, Foto 2) und Bobrowniki/Pahranitschny (2000) wurden eröffnet. Aufgrund der noch immer unzureichenden Straßeninfrastruktur und verschiedener Baumaßnahmen an den



Abb. 2: Polen: Entwicklung des Grenzverkehrs mit den östlichen Nachbarstaaten 1990 - 2000 in Mio. Personen

Quelle: KOMORNICKI, T. (1999): Granice Polski, Warszawa; Daten des polnischen Grenzschutzes (unveröffentlicht)

Übergängen bestimmen bis heute Warteschlangen das Bild an den Grenzen. Für die Grenzüberquerung sind aber weit weniger Formalitäten notwendig als zu Beginn der 1990er Jahre. So gibt es zwischen Polen und der

⁴ Vgl. Ranking der polnischen Kreise 2000 und 2001 unter www.rp.pl/PI-asc/dodatki/raporty_011003/raporty_a_3.html (Stand: 10.10.2001), Pütz (1998) und WECLAWOWICZ (1996) für Polen, SAMSON (2000) für das Gebiet Kaliningrad (S. 7-34), CLEMENT (1997) und PLEINIS (1998) für die Ukraine.

⁵ Vgl. Ministerium für Architektur ... (1999), Komornicki (2000), S. 10 - 17.



Foto 2: Der am modernsten ausgestattete Grenzübergang an der polnischen Ostgrenze befindet sich bei Korczowa und Krakowez 30 km nördlich von Przemyśl. Foto: HAASE 1998

Ukraine seit 1996 ein Abkommen über visumfreien Grenzverkehr, und zwischen Polen und Belarus bzw. dem Gebiet Kaliningrad kann die Grenze mit einem sogenannten Voucher (Hotelbestätigung) oder einem Visum zu einem symbolischen Preis (ca. 1 USD) überquert werden.

Wie die in den Grenzregionen durchgeführten Befragungen ergeben haben, ist im Zusammenhang mit dem stark gestiegenen Grenzverkehr auch der Anteil der Personen mit Kontakten über die Grenze beträchtlich angewachsen. So liegt er in den östlichen Nachbarregionen Polens sogar bei über 70 %, in den polnischen Grenzregionen etwas niedriger (Abb. 3). Begründen lässt sich dieser Unterschied mit der Richtung des täglichen Grenzver-

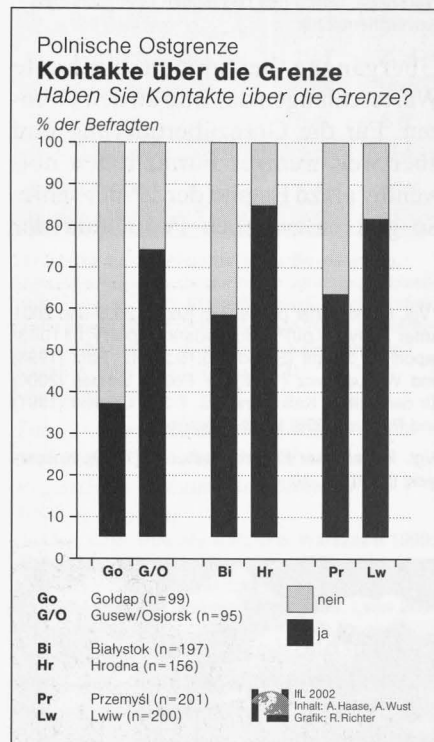


Abb. 3: Polnische Ostgrenze: Kontakte über die Grenze haben in ... (in Prozent)
Quelle: eigene Erhebungen

kehrs, der vorwiegend aus den östlichen Nachbarregionen nach Polen und zurück stattfindet. Er ist zum großen Teil mit dem Grenzhandel verbunden (vgl. nächsten Abschnitt). Von 27,3 Mio. Ein- und Ausreisen im Jahre 1999 entfielen 23,6 Mio. auf Ausländer und nur 3,7 Mio. auf polnische Staatsbürger. Die Mehrzahl der Grenzgänger stammt aus der ukrainischen und belarussischen Grenzregion (9,3 bzw. 9,5 Mio. Personen). Dort ist das Interesse

an Kontakten nach Polen erheblich größer als umgekehrt (Abb. 4).

Bedingt durch die neue Bedeutung der grenzüberschreitenden Kontakte im Alltag hat sich auch die Wahrnehmung der Grenze durch die dort ansäs-

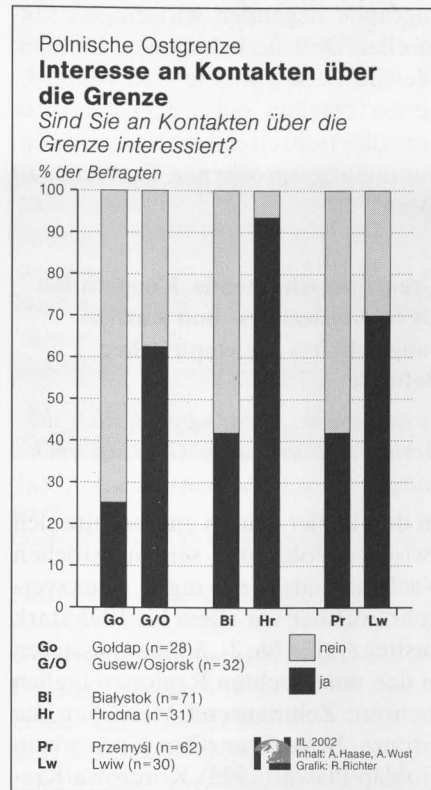


Abb. 4: Polnische Ostgrenze: Interesse an Kontakten über die Grenze haben in ... (in Prozent)
Quelle: eigene Erhebungen

sige Bevölkerung verändert. Sie wird heute zumeist weniger als eine Barriere betrachtet und immer mehr mit den Grenzübergängen und den in die Nachbarregion bestehenden Kontakten assoziiert. Die trennende Wirkung der Grenze (vgl. MYNC 1997, S. 259) hat in den Augen der meisten Bewohner der Grenzregionen gegenüber der Situation vor 1991 abgenommen (Abb. 5). Dies korrespondiert mit der allgemein positiven Einschätzung der Grenzöffnung (Abb. 6), die in den östlichen Nachbarregionen höher liegt als in Polen, da hier die Bevölkerung am meisten von der Erwerbsmigration in das westliche Nachbarland profitiert. Lediglich in der belarussischen Grenzregion wird die Trennwirkung der Grenze heute stärker empfunden als vor zehn Jahren. Das lässt sich jedoch damit begründen, dass sich in den letzten Jahren infolge des Rückgangs des Grenzhandels und der Abkühlung der

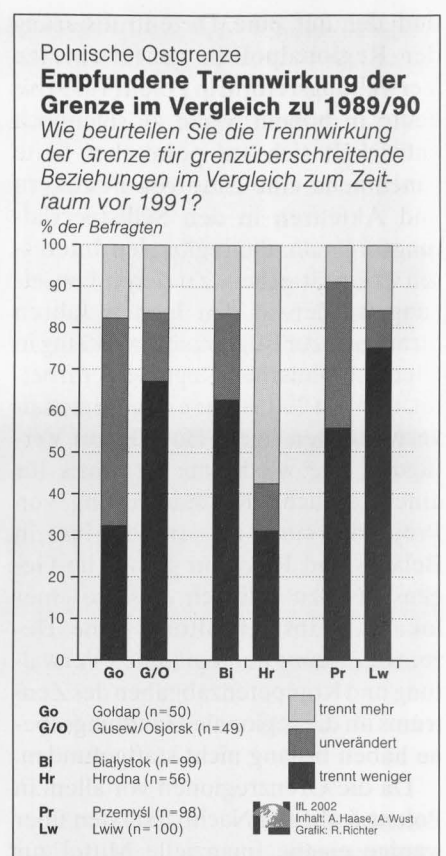


Abb. 5: Polnische Ostgrenze: Einschätzung der Trennwirkung der Grenze im Vergleich zu 1989/90 (in Prozent)
Quelle: eigene Erhebungen

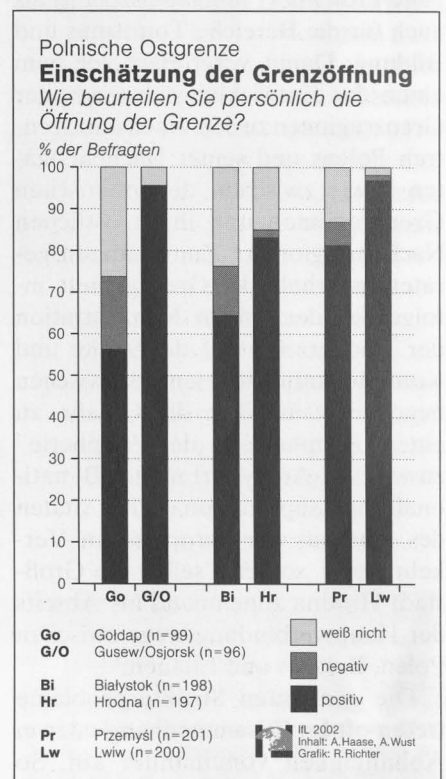


Abb. 6: Polnische Ostgrenze: Passantenbefragung zur Einschätzung der Grenzöffnung
Quelle: eigene Erhebungen

politischen Beziehungen zwischen Polen und Belarus der Eindruck unter der Bevölkerung in Hrodna verstärkt hat, man werde von Polen isoliert. Da sich in dieser Grenzregion bereits vor 1990 Verwandte öfters besucht haben und die Grenze damals offensichtlich nicht unbedingt als wirkliche Barriere wahrgenommen wurde, wirken die jüngsten Entwicklungen umso stärker auf die Wahrnehmung der Menschen.

Die in den Grenzregionen befragten Vertreter der regionalen Eliten messen der „offenen“ Grenze eine beträchtliche Bedeutung als Entwicklungschance für die betreffenden Regionen bei (Ausgleich von Nachteilen, Nutzung besonderer Vorteile). Grenzüberschreitende Kontakte tragen nach ihrer Ansicht zur Normalisierung der Nachbarbeziehungen bei. Der Austausch biete vielfältige Potenziale zur Lösung gemeinsamer Probleme.

Handel als Erwerbsquelle und Kontaktbasis

Die große Bedeutung des Grenzhandels für die Regionen an der polnischen Ostgrenze ist eines der auffälligsten und am kontroversesten diskutierten Phänomene der Grenzbeziehungen (BACHMANN 1999 und 2001; POWESKA 1995; HAASE 2000a und b). Der Grenzhandel entwickelte sich in mehreren Phasen: Zunächst dominierte der Basarhandel in den polnischen Grenzstädten und in unmittelbar an der Grenze gelegenen Gemeindezentren, wo Händler aus den östlichen Nachbarstaaten billige Waren anboten. In der Mitte der 1990er Jahre wurde er zunehmend abgelöst durch den so genannten Einkaufstourismus: Händler aus den östlichen Nachbarregionen Polens führten nicht länger Waren zum Verkauf ein, sondern Devisen, um dafür Waren in großer Stückzahl bei polnischen Großhandelseinrichtungen zu erwerben und diese dann in der Ukraine, Belarus und Russland weiter zu verkaufen. Die Umsätze des Handelstourismus, obgleich nicht in ihrer Gesamtheit erfassbar, trugen bis 1998 beträchtlich zum Außenhandelsumsatz in Polen bei (WUST 1999, Tab. 3). Der Umsatzeinbruch des Grenzhandels 1998 hatte verschiedene Ursachen: die rückwirkende Einführung neuer Steuern, die massive Abwertung der Währungen in Belarus und der Ukraine, die Auswirkungen

A nach Grenzwojewództwoschaften*	1997	1998	1999
Przemyśl/Vorkarpaten	431.377,5	425.724,8	509.479,4
Białystok/Podlachien	1.501.974,3	863.961,7	658.456,0
Suwałki/Ermland-Masuren	297.882,7	221.070,4	137.848,3
B nach Nationalität der Handelstouristen	1997	1998	1999
Ukrainer	1.667.685,7	1.303.965,9	1.167.341,4
Belarussen	1.208.912,9	822.656,9	751.580,1
Russen	99.658,5	57.760,9	115.030,9

* Daten für 1997 und 1998 für die alten Wojewodschaften, Daten für 1999 für die neuen Wojewodschaften

Tab. 3: Grenzregionen an der polnischen Ostgrenze: Ausgaben der Handelstouristen 1997 - 1999 in 1000 Złoty

Quelle: GUS: Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce oraz Polaków za granicą 1997 - 1999, Warszawa 1998 - 2000

der russischen Finanzkrise vom August 1998 auf diese Länder sowie Erschwernisse bei der Einreise nach Polen durch ein neues Ausländergesetz in Polen im gleichen Jahr, welches jedoch zum Teil nach seiner Einführung wieder zurückgenommen werden musste, da es zu Streiks der Händler und Blockaden der Grenzübergänge gekommen war.⁶ Viele Basare stehen seither leer, Großhandelseinrichtungen und kleine Firmen, die ausschließlich für die Handelstouristen produziert hatten, gingen Bankrott. Seitdem kommt dem Kleinhandel und Schmuggel mit Zigaretten, Alkohol und Benzin (Foto 3) eine immer wichtigere Rolle zu.

Fragt man nach den Ursachen des Grenzhandels, so liegen sie in erster Linie in der wirtschaftlichen Krise in den Grenzregionen sowohl in Polen

als auch in seinen östlichen Nachbarstaaten nach 1990. Infolge der Rezession stieg die Arbeitslosigkeit, zunächst in Polen, auf sehr hohe Werte an (vgl. Tab. 1). Die Mehrheit der Menschen erfuhr eine drastische Verringerung des Reallohnes und des Lebensstandards. Die zunehmende Verarmung großer Teile der Bevölkerung war die Folge dieser Entwicklung. Der Grenzhandel bildete in dieser Situation eine Nische, welche mit verhältnismäßig geringem Aufwand besetzt werden konnte und einen schnellen Verdienst versprach. Für die Bevölkerung in Polen bot der Handel zunächst billige Einkaufsmöglichkeiten, später kon-

⁶ an der Grenze zu Belarus und Russland, nicht aber zur Ukraine, wo weiterhin visumfreier Grenzverkehr herrscht



Foto 3: Ankunft eines Händlerzuges aus Hrodna im Bahnhof von Kuźnica Białostocka an der polnischen Grenze. Die Kleinhändler werden bereits von polnischen Kunden erwartet.

Foto: HAASE 2000

GEOGRAPHISCHE
ZENTRALBIBLIOTHEK
LEIPZIG

zentrierten zahlreiche private Firmen ihre Produktion auf die von den Handelstouristen aus dem Osten nachgefragten Waren. Das wachsende Einkommens- und Wohlstandsgefälle zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten macht auch Tagesumsätze von wenigen Dollar für die Händler attraktiv.

Zur gegenwärtigen Bedeutung des Handels kann man feststellen, dass er – unabhängig von der Höhe der Umsätze aus makroökonomischer Perspektive – wesentlich zur Stabilisierung der Einkommens- und Lebenssituation vieler Bewohner der Regionen beiderseits der Grenze beiträgt. Dies wurde durch die Passantenbefragungen in allen untersuchten Grenzregionen bestätigt (Abb. 7). Darüber hinaus

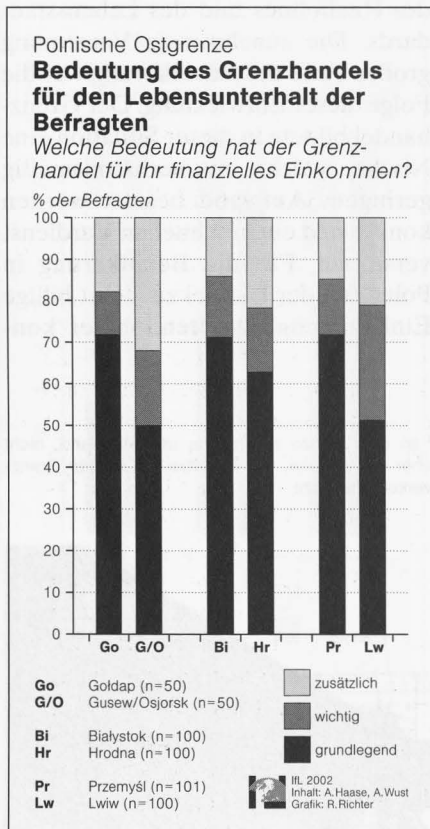


Abb. 7: Polnische Ostgrenze: Bedeutung des Grenzhandels für den Lebensunterhalt der Befragten (in Prozent)
Quelle: eigene Erhebungen

gab er wirtschaftliche Impulse für die Entstehung privater Betriebe des SME-Sektors in Ostpolen sowie für Investition größerer Unternehmen in die Grenzregionen (Errichtung von Filialen). Gewisse Beschäftigungsreserven bietet das Umfeld des Handels, wo schätzungsweise mehrere Zehn-

Polnische Ostgrenze
Art der grenzüberschreitenden Kontakte
(Mehrfachnennungen möglich)

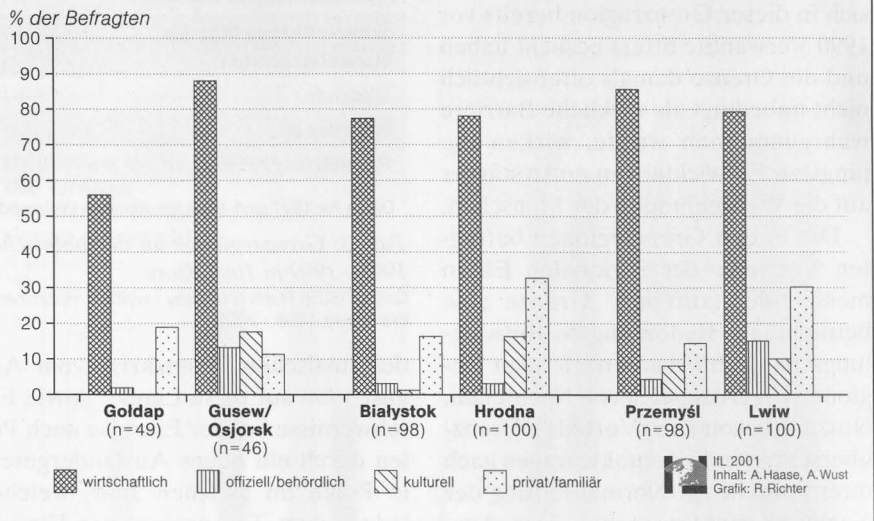


Abb. 8: Polnische Ostgrenze: Art der grenzüberschreitenden Kontakte (in Prozent)
Quelle: eigene Erhebungen

tausend Personen in den Bereichen Gastronomie, Hotel- und Pensionswesen, Transport tätig sind. Privatbauern aus den Grenzregionen können ihre Erzeugnisse direkt an die Händler verkaufen. Die Mehrheit aller über die Grenze bestehenden Kontakte sind mit dem Grenzhandel verbunden, was ihm eine zentrale Kommunikationsfunktion verleiht (Abb. 8). Die Expertenbefragung bestätigte, dass die Mehrzahl der täglichen Grenzgänger nach wie vor Händler sind und dass der Handel ein unüberschätzbares Kommunikationsfeld bietet, wo sich die Menschen unter normalen, alltäglichen Bedingungen kennen lernen und Stereotype abbauen können. Die Händler sind verhältnismäßig gut über die Lage im Nachbarland informiert.

Zweifellos hat der Grenzhandel auch negative Seiten: So spielt sich ein großer Teil der Handelsaktivitäten im Schatten- oder informellen Sektor ab, und der Handel schädigt so aus makroökonomischer oder steuerrechtlicher Perspektive die polnische Wirtschaft. Arbeitsplätze, die insbesondere durch den Schmuggel mit Zigaretten und Alkohol entstehen, fehlen in den entsprechenden Bereichen der offiziellen Wirtschaft (BACHMANN 2001, S. 176). Tiefgreifender jedoch erscheint die Tatsache, dass ein grundlegender Wirtschaftswandel in den Grenzregionen durch das Funktionieren des Handels

ausbleibt, da viele Arbeitslose in der Grauzone des Handels engagiert sind und damit aus den Arbeitslosenstatistiken fallen, welche zur Diskussion arbeitsmarktpolitischer Leitbilder und dafür notwendiger wirtschaftspolitischer Initiativen herangezogen werden.

Ungeachtet seiner Bedeutung für den Alltag bietet der Grenzhandel keine langfristige Lösung für wirtschaftliche und Erwerbsprobleme der Grenzregionen. Er reagiert, das hat insbesondere die jüngste Entwicklung seit 1998 gezeigt, äußerst sensibel auf interne und externe Einflüsse. Die instabile wirtschaftliche Situation in Polens östlichen Nachbarstaaten und immer neue Restriktionen des Handelsrechts sowie von Einreisebestimmungen auf polnischer Seite im Zuge des bevorstehenden EU-Beitritts lassen befürchten, dass der Handel in den nächsten Jahren immer mehr an Gewicht verlieren wird, was vor allem die davon lebende Bevölkerung der Grenzregionen vor ernste Probleme stellen wird.

Institutionalisierte Grenzbeziehungen

Die Durchlässigkeit der Grenze ermöglichte neben dem Grenzhandel auch die Entwicklung von Austauschbeziehungen zwischen Akteuren von Institutionen der grenznahen Regionen. Kooperationsvereinbarungen wurden sowohl auf der regionalen

Ebene als auch zwischen direkten Grenzgemeinden und Städten in Grenznähe abgeschlossen. Städte wie Rzeszów, Przemyśl und Białystok auf polnischer Seite und Lwiw und Hrodna auf ukrainischer bzw. belarussischer Seite kommt bei der Kooperation eine Vorreiterrolle zu, da hier zahlreiche Akteure der Zusammenarbeit (Verwaltung, NGO's, Euroregionen) ihren Sitz haben.

Die Vereinbarungen umfassen neben allgemeinen Kooperationsabsichten Maßnahmen und Projekte für konkrete Bereiche wie Kultur und Sport (Austausch von Ensembles, Wettkämpfe), Wissenschaft und Bildung (Herausgabe von gemeinsamen Publikationen, Austausch von Fachkräften und Studierenden), ethnische Beziehungen (Festivals der polnischen Kultur in Lwiw und der ukrainischen Kultur in Przemyśl), Umwelt und Naturschutz sowie Infrastruktur. Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene ist unterentwickelt und beschränkt sich weitgehend auf Kontakte zwischen Industrie- und Handelskammern, einer geringen Zahl von Unternehmen und auf einige Investitionen in Sonderwirtschaftszonen.⁷

Diskrepanzen lassen sich zwischen Anspruch und Realisierungsmöglichkeiten für institutionalisierte Kooperation zwischen den Grenzregionen erkennen. Abgeschlossene Vereinbarungen bedeuten nicht, dass die entsprechenden Träger und Akteure auch in der Praxis tatsächlich kooperieren.⁸ Die regionalen und lokalen Akteure verfügen erstens – vor allem in den östlichen Nachbarregionen Polens – bis heute nicht über die notwendigen Kompetenzen und das entsprechende Budget, um grenzüberschreitende Aktivitäten zu initiieren und zu koordinieren. Zweitens müssen infolge der Verwaltungsreform in Polen 1999, der Vergrößerung der Wojewodschaften und der Wiedereinführung der Kreise (poln. powiat) Vereinbarungen mit neuen Partnern geschlossen werden. Dabei zieht sich nicht nur die Dauer dieses Prozesses in die Länge, er wird auch durch juristische Probleme erschwert: Die neue Doppelstruktur der Verwaltung in Polen schafft Unsicherheiten, welche Verwaltungsinstanzen miteinander welche Kooperationsverträge abschließen dürfen. Die entsprechenden Zuständigkeiten sind noch

	Euroregion Karpaten	Euroregion Memel	Euroregion Baltic
Territorium in qkm	141.488	55.633	58.109
Einwohner in 1000 Personen	14.799.715	2.789.629	3.849.134
beteiligte Staaten	Polen, Ukraine, Slowakei, Ungarn, Rumänien	Polen, Belarus, Litauen	Polen, Russland, Schweden, Dänemark, Litauen, Lettland
gegründet im Jahr ...	1993	1997	1998

Tab. 4: Polnische Ostgrenze: Übersicht zu den Euroregionen in den Untersuchungsgebieten – Euroregion Karpaten: Euroregion Memel und Euroregion Baltic

Quelle: GUS u. US we Wrocławiu: Euroregiony w nowym ... (1999)

nicht geklärt, Ansprechpartner und Entscheidungswege unterscheiden sich zunehmend. Drittens wird die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten entweder durch finanzielle oder politische Einflüsse von außen kompliziert: So können ukrainische Partner die Durchführung gemeinsamer Projekte häufig nicht bezahlen. In der belarussischen Grenzregion behindern der starke Zentralismus oder politische Einschränkungen wie im Vorfeld der Präsidentenwahlen im Herbst 2001 eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Neue Möglichkeiten für regionale Kooperation bestehen im Rahmen der Euroregionen, welche nach westlichem Vorbild entstanden sind (Tab. 4). Sie besitzen jedoch Geburtsfehler, die von vornherein Probleme schaffen: Sie wurden oft top-down ohne Berücksichtigung lokaler Besonderheiten initiiert, die Büros der Euroregionen verfügen nur über ein minimales Budget und keine ständige Förderung aus EU-Kohäsionsfonds. Die Kompetenzen sind mit der regionalen Verwaltung nicht eindeutig abgegrenzt. Während auf polnischer Seite die Euroregionen weitgehend selbständig arbeitende Büros besitzen, sind die Mitarbeiter der Euroregion Memel in Hrodna gleichzeitig Mitarbeiter der staatlichen Verwaltungsbehörde.

Die Euroregionen an der Ostgrenze Polens sind darüber hinaus von Territorium und Bevölkerung her überdimensioniert und demzufolge sehr heterogen. Illustrieren mag das der Fall der Euroregion Karpaten, an der Südostpolen und das Gebiet Lwiw Anteil haben: Sie ist größer als ihre Mitgliedsstaaten Slowakei und Ungarn, auf ihrem Territorium leben ca. 15 Mio. Einwohner, und sie vereint kulturhistorisch völlig verschiedene Regionen. Verkehrstechnisch sind die

einzelnen Gebiete, die zur Euroregion gehören, teilweise sehr schlecht verbunden (Abb. 9). Die Aktivitäten der Euroregion beschränken sich deshalb im Wesentlichen auf die Unterhaltung einiger Büros und die Koordinierungsarbeit der Gremien sowie auf die Tätigkeiten verschiedener Arbeitsgruppen zu den Bereichen Handel, Tourismus, Bildung, Kultur und Sport, Katastrophenmanagement und Regionalentwicklung, welche jedoch noch nicht zu sichtbaren Erfolgen geführt haben. Aufgrund dessen fehlt der Euroregion eine ausreichende Alltagstransparenz. Lediglich die regionalen Eliten, wie erwähnt zum Teil identisch mit den Mitarbeitern der Euroregion, partizipieren an der Kooperation. Um eine effektive, alltagsbezogene Zusammenarbeit sicherzustellen, von der auch die Mehrheit der ansässigen Bevölkerung profitieren kann, müssten die Euroregionen zum einen kleiner sein und homogenere Territorien verbinden. Zum anderen sind eine klare Kompetenzverteilung und ein ausreichendes Budget notwendig, über das die Gremien der Euroregionen eigenständig verfügen. Regionale und lokale Akteure müssten ein besonderes Interesse zeigen, grenzüberschreitende Probleme gemeinsam lösen oder vorhandene Potenziale nutzen zu wollen, um so die regionale Entwicklung der Grenzregionen voranzutreiben und

⁷ Sonderwirtschaftszonen existieren in Mielec in Südostpolen, Jaworów und Truskawiec in der ukrainischen Grenzregion sowie bei Goldap. Entsprechende Industrie- und Handelskammern arbeiten in Rzeszów und Lwiw, Białystok und Hrodna.

⁸ Umgekehrt gibt es Zusammenarbeit ohne formalen Vertrag, beispielsweise zwischen den Grenzgemeinden zwischen Polen und Russland (Kern der Kooperation: Massenlauf und Austausch von Kulturensembles, Erfahrungsaustausch der Verwaltungen). Auf der Basis dieser Kooperation sollen nunmehr Verträge abgeschlossen werden.

Euroregion Karpaten - Übersicht 2000

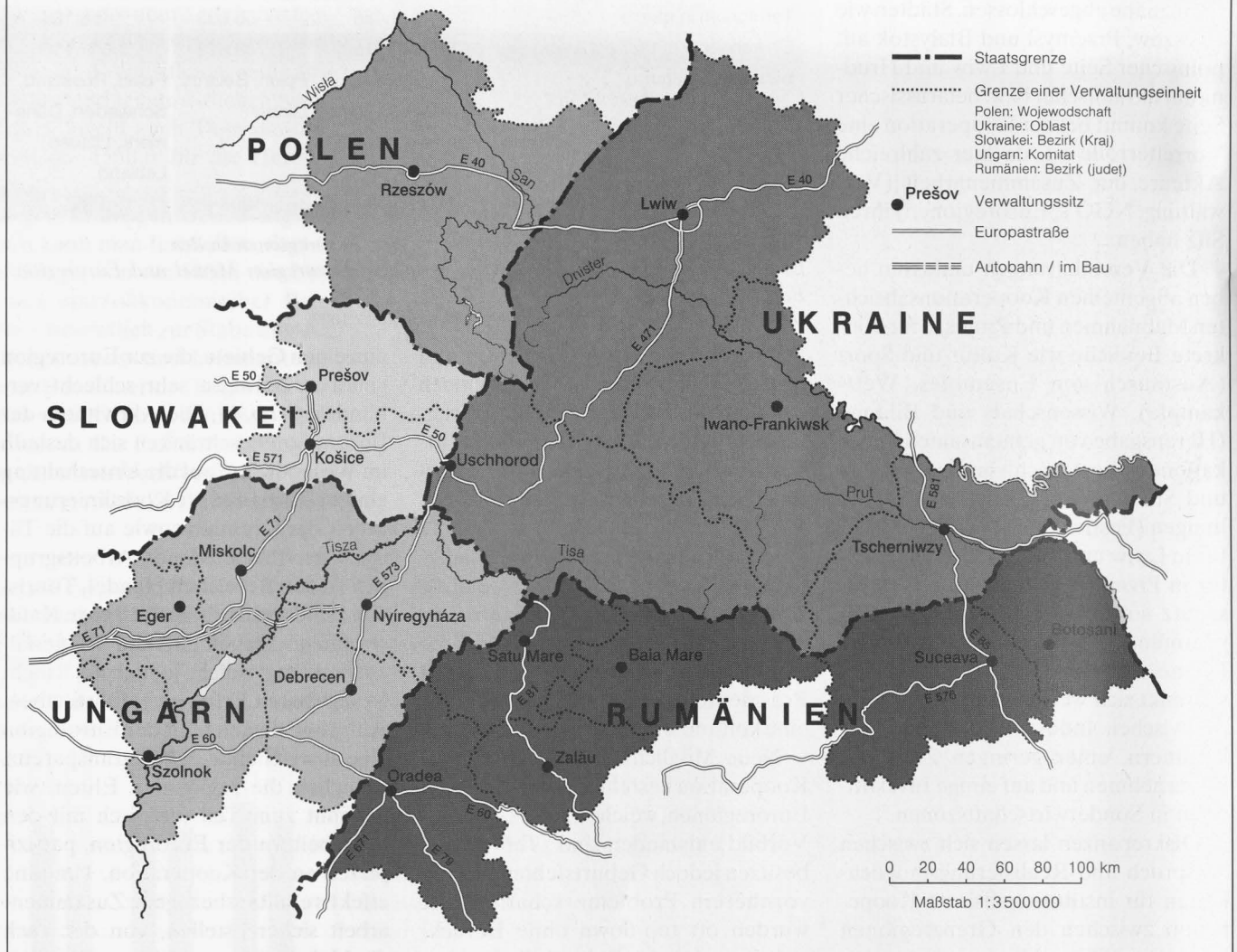


Abb. 9: Übersichtskarte der Euroregion Karpaten

zur Steigerung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen. Die Erfolge eines solchen, bottom-up fokussierten Konzepts der Zusammenarbeit zeigt die Carpathian Foundation, welche durch eine Initiative des East-West-Institutes⁹ gegründet wurde und mittels re-funding kleinere Projekte zur Stärkung der regionalen Identität und der Entwicklung lokaler Institutionen auf dem Territorium der Euroregion Karpaten finanziert (vgl. www.carpathianfoundation.org).

Minderheiten und Nachbarbeziehungen

Die polnisch-ukrainische und die polnisch-belarussische Grenzregion bilden traditionelle ethnisch-religiöse Mischgebiete. Ihr polyethnischer Charakter ging jedoch durch den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegsjahre weitgehend verloren. Heute leben dennoch Minderheiten in den Grenzregi-

onen. Zahlenmäßig betrachtet mehr ins Gewicht fallen die Polen und Belarussen in der Region um Białystok und Hajnówka sowie Hrodna, Waukawysk und Lida, wogegen im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet nur noch ein kleiner Teil der in Polen und der Ukraine ansässigen ukrainischen und polnischen Minderheitenbevölkerung lebt.

Die Lage der Minderheiten hat sich nach 1990 nach Jahrzehnten der Tabuisierung der historischen Konflikte und Vertreibungen verändert: Zum einen hat sich ihre rechtliche Situation im Zuge der Demokratisierung verbessert. Zum anderen sind Kontakte zum Bezugsland und seiner Bevölkerung bzw. zu Familienangehörigen auf der anderen Seite der Grenze wesentlich einfacher geworden. Schließlich bilden historische Konflikte heute keine Tabus mehr und können öffentlich diskutiert werden.

Eine besondere Brisanz kennzeichnet die polnisch-ukrainischen Beziehungen, die historisch gesehen am dramatischsten einzustufen sind. Zwischen Polen und Ukrainern dominiert und erschwert bis heute die Diskussion um die Bewertung der Konflikte der Vergangenheit den Dialog über die Nachbarschaft. In den vergangenen Jahren sorgten die Errichtung von Denkmälern und die Restaurierung von Soldatenfriedhöfen, die Auseinandersetzungen um die Rückgabe von Kirchen und anderen Immobilien sowie Fälle von latenter Diskriminierung der Minderheiten durch lokale Behörden und die Medien für Spannungen (vgl. HAA-

⁹ Das East-West-Institute ist ein v. a. durch US-amerikanische Gelder gefördertes NGO-Projekt zur Entwicklung und Stabilisierung der Demokratien in Ostmittel- und Osteuropa.



Foto 4: Polnischer Soldatenfriedhof in Lwów. Die Restauration der Grabstätten und der Schrifttafeln führten zu Spannungen zwischen den Nachbarstaaten Polen und Ukraine.

Foto: HAASE 1999

SE 1999; HAASE u. HUDSELJAK 2000; HANN 1998; FENCZAK u. GASIOROWSKA-CZARNY 1995). Der jahrelange Streit um die Karmeliterkirche in Przemyśl oder die Restaurierung der polnischen Soldatengräber auf dem Litschakiwke-Friedhof in Lwów wurden überregional bekannt und stehen symbolisch für den Charakter der Auseinandersetzung (Foto 4). Ethnische Stereotype spielen im Alltag noch eine große Rolle. Darüber hinaus verhält sich die Mehrheit der Bevölkerung passiv zu Provokationen kleiner Gruppen von Extremisten. Eine kritische Öffentlichkeit fehlt.

Die angedeuteten Konflikte bilden eine Herausforderung für die jungen Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Polen und der Ukraine. Die heute bestehenden alltäglichen Kontakte über die Grenze, allen voran der Grenzhandel, fördern den Abbau von Stereotypen und das alltägliche Miteinander. Für die Minderheiten sichert der freie Grenzverkehr den Austausch mit dem Bezugsland, polnischen Hilfsorganisationen ermöglicht er die materielle Unterstützung der Auslandspolen in der Ukraine. Diskussionen über die Bewertung der Vergangenheit, die heute in Form von Konferenzen, Umfragen und Mediendebatten auf beiden Seiten der Grenze stattfinden, helfen bei der Aufarbeitung und Bewältigung der traumatischen Erfahrungen der Geschichte.

Der regionale Austausch in den Bereichen Bildung und Kultur fördert darüber hinaus das Wissen übereinander. Hier spielt das Südost-Institut in Przemyśl, welches sich aus wissenschaftlicher Perspektive unter Einbeziehung der lokalen Bevölkerung mit dem polnisch-ukrainischen Miteinander beschäftigt, eine Schlüsselrolle. Seine Mitarbeiter publizieren zu polnisch-ukrainischen Fragen, unterhalten einen aktiven Austausch mit Wissenschaftlern aus Lwów, haben eine entsprechende Bibliothek angelegt, fertigen Übersetzungen ukrainischer wissenschaftlicher Literatur an und leisten Öffentlichkeitsarbeit in Przemyśler Schulen. Es erfuhr in den letzten Jahren u. a. eine Förderung der Carpathian Foundation, die in Südostpolen schwerpunktmäßig Projekte zur interethnischen Verständigung finanziert (1998/1999 13 Projekte mit 63 000 USD). Ziel dieser und ähnlicher Aktivitäten ist, dass die Minderheiten bzw. die kulturelle Diversifizierung als Bereicherung für die Grenzregionen angesehen werden, wie zahlreiche Vertreter regionaler und lokaler Institutionen den Autoren bestätigten. Jedoch ist der dafür notwendige Wandel von Einstellungen ein langwieriger Prozess, und vor allem Vertreter der jüngeren Generationen zeigen nur wenig Interesse am polnisch-ukrainischen Dialog. Sie stehen ihm gleichgültig gegenüber (BABINSKI 1997, S. 183).

Die Rolle von grenzüberschreitenden Kontakten als Katalysator zur Verbesserung der Nachbarschaftsbeziehungen beschränkt sich nicht auf ethnische Konflikte. Auch in der polnisch-russischen Grenzregion trägt grenzüberschreitende Verständigung zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den auf beiden Seiten der Grenze lebenden Bevölkerungen bei und zwar insofern, dass sich hier, nachdem die Menschen seit über vier Jahrzehnten kaum eine Möglichkeit hatten, Kontakte zu entwickeln, solche überhaupt bilden können. Auch hier muss mit langen Zeiträumen gerechnet werden. Der Umfang der Kontakte in dieser Grenzregion ist bis heute, das haben die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchung gezeigt, relativ bescheiden (vgl. Abb. 3).

Zu den Auswirkungen der EU-Osterweiterung für die Kooperationsbeziehungen zwischen Polen und seinen Nachbarn im Osten

Die Europäische Union steht im Rahmen des Erweiterungsprozesses vor großen Herausforderungen. Erstmals in ihrer Geschichte sollen bis zu zehn Staaten gleichzeitig integriert werden. Polen zählt dabei zu den aussichtsreichsten Beitrittskandidaten. Zu den noch zu bewältigenden Hürden der Beitrittsverhandlungen zählt die Sicherung der künftigen Außengrenze der Europäischen Union. Die polnische Ostgrenze ist nach der Erweiterung eine der längsten Landgrenzen der EU im Osten. Dazu muss Polen gegenüber seinen östlichen Nachbarstaaten die Visumpflicht nach EU-Recht (Schengener Bestimmungen) einführen. Da weder die Ukraine und Belarus noch Russland Anwärter auf eine baldige EU-Mitgliedschaft sind, wird diese neue „Grenze der Integration“ (BATT 2001) wahrscheinlich für einige Jahrzehnte Bestand haben. Hieraus ergibt sich die Frage nach den direkten Konsequenzen des sich ändernden Grenzregimes für die Regionen an der polnischen Ostgrenze und insbesondere für die bestehenden grenzüberschreitenden Kontakte und Kooperationsbeziehungen.

Die in den Grenzregionen durchgeführten Interviews ergaben, dass sowohl von den Bewohnern der Grenzregionen als auch von lokalen und regionalen Akteuren die zu erwartende

geringere Grenzdurchlässigkeit als wichtigste Folge der EU-Osterweiterung wahrgenommen wird.¹⁰ Hierbei wird mit wesentlichen Einschränkungen für den regionalen Grenzverkehr gerechnet. Dies würde sich nicht nur für den kleinen Grenzhandel, sondern auch für private Besuche und andere alltagsweltliche Grenzkontakte negativ auswirken. So können hohe Visumkosten, ein langwieriges und kompliziertes Beantragungsverfahren sowie weite Wege zum nächsten Konsulat unüberwindliche Hürden für den kulturellen Austausch, für wissenschaftliche und dienstliche Kontakte, für die Realisierung regionaler Kooperationsinitiativen im Bereich Tourismus und Umweltschutz oder aber für die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Unternehmen darstellen. Die sich in letzten Jahren entwickelten zwischenmenschlichen Kontakte würden ebenfalls darunter leiden. Vertreter ethnischer Minderheiten befürchten diesbezüglich eine Isolierung vom jeweiligen Bezugsland und eine erneute Verschärfung interethnischer Konflikte (vgl. Poludniowo-wschodni instytut naukowy w Przemyślu 1994 - 1998; Misilo 1993 und 1996; Mokry 1997; Polska-Ukraina: Trudne pytania 1998; MATWIEJCZYK 1999). Die Debatte um die Einführung einer „Polenkarte“, die Auslandspolen einen Zugang zum polnischen Sozialstaat (Gesundheits-, Bildungswesen usw.) gewähren soll, trägt ebenso wie vergleichbare Regelungen, die in Ungarn und der Slowakei bereits gelten, ein sichtbares Potenzial für Spannungen zwischen den Nachbarstaaten an der zukünftigen EU-Außengrenze in sich.

Eine weitere Vertiefung der bereits heute bestehenden beträchtlichen Einkommens- und Wohlstandsunterschiede zwischen den polnischen und östlichen Grenzregionen ist ebenfalls zu erwarten. Dies könnte die Wahrnehmung in den östlichen Nachbarländern Polens verstärken, dass sie vom europäischen Integrationsprozess abgekoppelt werden sollen. In diesem Zusammenhang sind eine Zunahme „kultureller Asymmetrien“ der neuen „direkten Nachbarschaften“ an der zukünftigen Außengrenze der EU nicht zu unterschätzen (KEMPE 1998). Dies würde sich negativ auf vorhandene grenzüberschreitende ethnisch-kulturelle Gemengelagen und „fließende

Identitäten“ auswirken, welche für die Entwicklung grenzüberschreitender Kontakte durchaus förderlich sein können (HAASE 2000b; BATT 2001 [„fuzzy citizenship“]; KEMPE 2001).

Die EU-Osterweiterung könnte in bestimmten Bereichen den Grenzregionen Vorteile bringen. Jedoch werden diese von den Akteuren auf regionaler und lokaler Ebene insbesondere in den Nachbarländern Polens kaum wahrgenommen. Zu nennen wäre hier die „Zivilisierung“ des Grenzverkehrs durch Modernisierung der Grenzübergänge und Verbesserung der Kontrollen. Dadurch könnten sich Erleichterungen für den Grenzübertritt von Akteuren der grenzüberschreitenden Kooperation ergeben. Im Rahmen der Schengener Bestimmungen könnten flexible Visumregelungen (Einrichtungen von weiteren grenznahen Konsularstellen, preiswerte Mehrfach- und Langzeitvisa, unbürokratische Beantragung) für Bewohner der Grenzregionen die nachteiligen Folgen des veränderten Grenzregimes begrenzen. Vorteile für die Entwicklung der Infrastruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzregionen könnte eine Novellierung von EU-Förderfonds bringen, welche die grenzüberschreitende Beantragung von Projekten erleichtern. Die gegenwärtigen Förderprogramme Phare und Tacis sind nicht aufeinander abgestimmt und werden darüber hinaus bislang nicht effektiv genutzt. Die östlichen Nachbarregionen Polens könnten von der Nähe zur EU profitieren und dadurch attraktiver für das Engagement in- und ausländischer Investoren werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Konsequenzen der EU-Osterweiterung für die Regionen an der polnischen Ostgrenze von der konkreten Ausgestaltung der neuen Rechtsgrundlagen wie der Schengen-Bestimmungen abhängen. Sie stellen den Rahmen für den Entscheidungsspielraum regionaler und lokaler Akteure dar, um zukünftig grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen nach dem EU-Beitritt Polens gestalten zu können. Interessengegensätze, welche sich zwischen den Akteuren in den Grenzregionen und der nationalen bzw. supranationalen Ebene abzeichnen, müssen ernst genommen werden, um die mit der EU-Erweiterung verbundenen Entwicklungschancen für

die Grenzregionen nicht zu gefährden (vgl. HAASE u. WUST 2000, S. 599).

Fazit

Die Darlegungen machten deutlich, dass die sich entwickelnde grenzüberschreitende Kooperation zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarstaaten sowohl zur Aktivierung endogener Entwicklungspotenziale als auch zur Stabilisierung der wirtschafts- und sozialräumlichen Strukturen und Beziehungen in den untersuchten Grenzregionen beiträgt. Sie bietet die Möglichkeit, gemeinsam grenzübergreifende Probleme zu lösen. In den letzten Jahren spielte hierbei der grenzüberschreitende Individualhandel eine bedeutsame Rolle. Die Untersuchungsergebnisse zeigten, dass der kleine Grenzhandel – trotz seiner sehr kontroversen Bewertung – bis heute einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Stabilisierung der Einkommenssituation zahlreicher Bevölkerungsgruppen in den Grenzregionen besitzt. Er hat die Rolle eines wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Regulativs übernommen.

Sehr bedeutsam für die zukünftige Entwicklung der Grenzregionen sind die grenzüberschreitenden Kontakte zwischen der Bevölkerung, da auf diese Weise psychologische Barrieren abgebaut werden können. Dies trägt ebenfalls positiv zu einer veränderten Wahrnehmung des Nachbarn bei, wie es sich insbesondere im polnisch-ukrainischen Grenzraum zeigt, da hier die Enttabuisierung historischer Konflikte die Normalisierung der Nachbarschaftsbeziehungen wesentlich erleichtert.

Allerdings bleiben aufgrund der wirtschaftlichen und strukturellen Defizite der Grenzregionen, der wachsenden Transformations- und Wohlstandsunterschiede zwischen Polen und seinen Nachbarstaaten im Osten und der damit im Zusammenhang stehenden Unterschiede bei der Ausgestaltung der rechtlichen Grundlagen für

¹⁰ Ähnlich fokussierte Forschungen in Transkarpatien sowie im Banat haben zu vergleichbaren Ergebnissen in dieser Frage geführt, vgl. BATT 2001, S. 12: „Schengen' is a byword in Transcarpathia and Banat for impending disaster.“

grenzüberschreitende Kooperationsbeziehungen viele Potenziale zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ungenutzt. Darüber hinaus ist die gegenseitige Annäherung ein langwieriger und komplizierter Prozess, der nach Jahrzehnten der Abschottung nicht in wenigen Jahren zu bewältigen ist. Gegenwärtig beschränkt sich der Austausch – abgesehen von Grenzhandel und familiären Kontakten – auf einen kleinen Kreis regionaler Eliten. Die aktive Einbeziehung der Bevölkerung vor allem in institutionalisierte Kooperationsbeziehungen, beispielsweise im Rahmen der Euroregionen, bleibt eine vordringliche Aufgabe. Es gilt, die Diskrepanz zwischen der formalen Bereitschaft zur Kooperation und einem wirklichen Austausch zu überwinden.

Von großer Bedeutung für die Regionen an der polnischen Ostgrenze ist die Regelung des Grenzregimes im Rahmen der EU-Osterweiterung, insbesondere in Verbindung mit der Einführung der Schengener Bestimmungen an der künftigen östlichen Außengrenze der Europäischen Union.

Literatur

- BABINSKI, G. (1997): Pogranicze polsko-ukrainskie, Kraków.
- BACHMANN, K. (1999): Polens Ostgrenze. In: *Transodra*, H. 19, S. 38ff.
- BACHMANN, K. (2001): Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union, Stuttgart/Leipzig.
- BATT, J. (2001): Between a rock and a hard place – multi-ethnic regions on the EU's new eastern frontier. In: *East European Politics and societies*, Herbst 2001 (im Druck).
- BRAY, Z. (2002): The creation of a metropolis: dealing with cross-cultural challenges. In: *Die Erde*, H. 1, S. 55ff.
- BRUNN, G. u. P. SCHMITT-EGNER (1998): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa, Baden-Baden 1998.
- BUURSINK, J. u. N. EHLERS (2000): Binational cities: People, Institutions, and Structures. In: VAN DER VELDE, M. u. H. VAN HOUTUM (Hrsg.) (2000): *Borders, Regions, and People*, London 2000, S. 182ff.
- Carpathian Foundation: Report 1998/99.
- CIECHOCIŃSKA, M. (1998): Südpodlachien – das Schicksal einer neuen Grenzregion in den Jahren. In: SCHULTZ, H. (Hrsg.): *Bevölkerungstransfer und Systemwandel*, Berlin, S. 227ff.
- CLEMENT, H. (1996): Wirtschaftliche Anpassungs- und Transformationsprobleme in der Ukraine. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 41, H. 2 - 3, S. 133ff.
- DROTH, A., F.-D. GRIMM u. A. HAASE (2000): *Polen – aktuell*, Leipzig.
- EBERHARDT, P. (1998): *Polska ludność kresowa*, Warszawa.
- EHLERS, N. (2002): Selling the border – Twin Towns on a Border. The case of Kerkrade and Herzogenrath. In: *Die Erde*, H. 1, S. 37ff.
- Euroregiony w nowym podziale terytorialnym Polski (1999), hrsg. vom Statistischen Hauptamt Polens und der Stadt Wrocław.
- FENCZAK, A. u. N. GASIOROWSKA-CZARNY (1995): Ukraińska mniejszość narodowa w województwie przemyskim w latach 1989 - 1993. In: *Fraza*, H. 8, S. 139ff. *Gazeta lwowska* vom 6.10.2000.
- GUS (2000a): Ruch graniczny i wydatki cudzoziemców w Polsce oraz Polaków za granicą w 1999 roku, Warszawa.
- GUS (2000b): *Rocznik statystyczny województw*, Warszawa.
- HAASE, A. (1999): Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen. In: *Kultursoziologie* 8, H. 1, S. 89ff.
- HAASE, A. (2000a): Polnisch-ukrainische Nachbarschaft nach dem Umbruch – Interessen, Kontakte, Probleme. In: *WeltTrends* 26, S. 109ff.
- HAASE, A. (2000b): Brücke zwischen Ost und West oder neuer „Limes des Westens“? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. In: *Kultursoziologie* 9, H. 1, S. 79ff.
- HAASE, A. (2002): Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung. Spezifika, Perspektiven und Risiken der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1990. Beiträge zur Regionalen Geographie, Band 56, Leipzig.
- HAASE, A. u. I. HUDELSIAK (2000): Perspektiven und Probleme der neuen polnisch-ukrainischen Nachbarschaft – dargestellt am Beispiel der Grenzregion zwischen Südostpolen und der Oblast Lwiw. In: *Europa Regional* 8, H. 2, S. 2ff.
- HAASE, A. u. A. WUST (2000): Transborder co-operation and European integration at the Polish Eastern border. In: KITOWSKI, J. (Hrsg.): *Eastern Borders of European Integration Process*, Rzeszów 2000, S. 583ff.
- HANN, C. (1998): Postsocialist Nationalism: Re-discovering the Past in South-East Poland. In: *Slavic Review* 57, H. 4, S. 840ff.
- HASSNER, P. (1994): Das Zentrum als Peripherie. In: *Transit*, H. 17, S. 15ff.
- KEMPE, I. (Hrsg.) (2001): *Beyond EU Enlargement*, Gütersloh.
- KEMPE, I., W. v. MEURS u. B. v. OW (Hrsg.) (1999): *Die EU-Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn*, Gütersloh.
- KOMORNICKI, T. (2000): *Potoki towarowe polskiego handlu zagranicznego a międzynarodowe powiązania transportowe*, Wrocław.
- KRÄMER, R. (1999): Zwischen Kooperation und Abgrenzung – Die Ostgrenzen der Europäischen Union. In: *WeltTrends*, H. 22, S. 9ff.
- KRZEMINSKI, A. (1993): *Polen im 20. Jahrhundert*, München.
- KURCZ, Z. (1999): Polnische Grenzregionen im Vergleich. In: *WeltTrends*, H. 22, S. 63ff.
- LEGGEWIE, C. (1994): Space – not time? Raumkämpfe und Souveränität. Skizzen zu einer „Geopolitik“ multikultureller Gesellschaften. In: *Transit*, H. 7, S. 27ff.
- MALIKOWSKI, M. (1998): Sozialistische Industrialisierung in den südöstlichen Grenzregionen Polens. In: SCHULTZ, H. (Hrsg.): *Bevölkerungstransfer und Systemwandel*, Berlin, S. 211ff.
- MALIKOWSKI, M. u. K. SOWA (1995): Szanse i bariery rozwoju „ściany wschodniej” Polski, Rzeszów.
- MATWIEJCZYK, W. (1999): Soziale, historische und kulturelle Aspekte der polnisch-ukrainischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der EU-Osterweiterung. In: KEMPE, I., W. v. MEURS u. B. v. OW (Hrsg.): *Die EU-Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn*, Gütersloh, S. 174ff.
- Ministerium für Architektur und Bauwesen der RB u. Belarussisches Nationales Forschungsinstitut für Städtebau und Planung (NPRUP Belniipgradostoielstwa, 1999): *Regionale Entwicklung der Oblast Grodno im Kontext der Gründung der Euroregion Njoman*, Minsk.
- MIOSGA, M. (1998): *Europäische Regionalpolitik in Grenzregionen*, München.
- MISLO, E. (1993): *Akcja Wisła*, Warszawa.
- MISLO, E. (1996): Repatriacja czy deportacja? Przesiedlenie Ukraińców z Polski do USSR 1944 - 46, Warszawa.
- MOKRY, W. (Hrsg.) (1997): *Problemy Ukraińców w Polsce po wysiedlenczej akcji „Wisła” 1947 roku*, Kraków.
- MÜLLER-GRAFF, P.-C. u. A. STEPNIAK (Hrsg.) (1997): *Poland and the European Union – Between association and Membership*, Baden-Baden.
- MYNC, A. (1997): Entwicklungsfaktoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den östlichen Grenzgebieten Polens. In: KUKLIŃSKI, A. (Hrsg.): *European Space, Baltic Space, Polish Space*, Bd. 2, Warszawa, S. 257ff.
- OLEJARZ, T. (1996): Nowelizacja ustawy o zatrudnieniu i przeciwdziałaniu bezrobociu. In: *Rynek pracy* 60, H. 12, S. 33ff.
- PETROWA, I. (1996): Prychowane besrobittja – sumna realist rinku prazi. In:

- Rinok prazi, H. 5, S. 8ff.
- PLEINES, H. (1998): Die Regionen der Ukraine. In: Osteuropa 48, H. 4, S. 365ff.
- Polska – Ukraina. Trudne pytania, 2 Bde., Warszawa 1998.
- Poludniowo-wschodni instytut naukowy w Przemyślu (Hrsg.) (1994 - 1998): Polska – Ukraina. 1000 lat sasiedztwa, Przemysl, 4 Bde.
- POWESKA, H. (1995): Development of trade and services in the eastern borderland of Poland – problems and prospects. In: ROSCISZEWSKI, M. u. M. JAKUBOWSKI (Hrsg.): Polish Eastern Border. Past and Present Problems, Warszawa, S. 83ff.
- PÜTZ, R. (1998): Polen im Transformationsprozeß. In: Geographische Rundschau 50, H. 1, S. 4ff.
- Rocznik statystyczny województwa warmińsko-mazurskiego 2000, Olsztyn.
- ROGOWSKA, A. u. S. STEPIEN (1997): Die polnisch-ukrainische Grenze in den zurückliegenden 50 Jahren. In: Ji, H. 11 (Nachdruck in Ji, H. 20/2001, S. 23ff.).
- ROSCISZEWSKI, M. (1997): Polska granica wschodnia, Warszawa.
- RÖSSNER, T. u. a. (1998): Die mitteleuropäische West-Ost-Achse Sachsen – Schlesien – Galizien, Leipzig.
- SAMSON, I. (Hrsg.) (2000): Kaliningrad region. The Diagnosis of a Crisis, Grenoble/Kaliningrad/Moscow.
- SCHMITT-EGNER, P. (2000): Handbuch der europäischen Regionalorganisationen, Baden-Baden.
- SCHULTZ, M. (Hrsg.) (1998): Bevölkerungstransfer und Systemwandel, Berlin.
- Sozialno-ekonomitscheskoje poloschenie Kaliningradskoj oblasti w 1999 godu, Gusew (unveröff. Material).
- Statistitscheski jeschegodnik grodnenskoj oblasti 2000, Grodno.
- Statystyczny schtschoritschnik lwiewska oblast 1999, Lwiv.
- STEPIEN, S. (2001): Die polnisch-ukrainische Grenze in den zurückliegenden fünfzig Jahren. In: SCHULTZ, M. (Hrsg.): Grenzen im Ostblock und ihre Überwindung, Berlin, S. 259ff.
- Strategia rozwoju społeczno-gospodarczego woj. warmińsko-mazurskiego (2000), Olsztyn.
- Strategia rozwoju woj. Podkarpackiego na lata 2000 - 2006 (2000), Rzeszów.
- Strategia rozwoju woj. Podlaskiego do roku 2010 (2000), Białystok.
- Süddeutsche Zeitung vom 21.6.2001
- SZABLIJ, O. (1997): Zachodnia Ukraina jako pogranicze. In: Politechnika Lubelska (Hrsg.): Euroregion Bug, Bd. 9, Lublin, S. 52ff.
- Tageszeitung vom 21.6.2001
- TURANSKYJ, Ju. (1997): Sutschasnyj rinok prazi Lwiwschyny i osnowni tendenziji joho roswytku w 1997 - 2000 rokach. In: Rinok prazi, H. 2, S. 18ff.
- WEŃCŁAWOWICZ, G. (1996): Contemporary Poland, London.
- Wirtschaftsmarkt Polen, H. 12/2001.
- WUST, A. (1999): Auswirkungen der Aufnahme Polens in die Europäische Union auf die Regionen beiderseits der polnischen Ostgrenze, In: BIOst (Hrsg.): Wirtschaftstransformation in Osteuropa. Globalisierungstendenzen und Sonderwege, Köln, S. 28ff.
- WUST, A. u. A. HAASE (2002): Europas neue Peripherie? In: WeltTrends 34, S. 11ff.
- ZURAWSKI VEL GRAJEWSKI, P. (1999): Die östlichen Nachbarn Polens, In: KEMPE, I., W. v. MEURS u. B. v. OW (Hrsg.): Die EU-Beitrittsstaaten und ihre östlichen Nachbarn, Gütersloh, S. 145ff.

Internet

- europa.eu.int/comm/enlargement/intro/pdf/table01-07-09a-ela.pdf (Stand: 01.11.01)
- rp.pl/PI-asc/dodatki/raporty_011003/raporty_a_3.html (Stand: 10.10.01)
- carpathianfoundation.org

Dr. ANNEGRET HAASE
 UFZ-Umweltforschungszentrum
 Leipzig-Halle GmbH
 Sektion Ökonomie, Soziologie und
 Recht
 Permoserstraße 15
 D-04318 Leipzig
 ANDREAS WUST
 Scheffelstr. 51
 D-04277 Leipzig